

Bürgerversicherung: Unbelegter Nutzen, klare Job-Vernichtung

Am Sonntag konnten alle wahlberechtigten Frauen und Männer eine weitreichende Entscheidung treffen – wer und welche Partei sie in den kommenden vier Jahren im Bundestag vertritt. Die Programme der Parteien enthalten eine lange Liste an Versprechen und auch Forderungen. Wir, der DBV, sind unserer politischen Neutralität verpflichtet und gaben deshalb keine Wahlempfehlung ab. Wir vertreten aber die Interessen unserer Mitglieder mit Nachdruck. Und dazu gehören auch zahlreiche Beschäftigte in den privaten Krankenversicherungen (PKV). Sie können nichts Gutes vom Konzept der „Bürgerversicherung“ erwarten, die SPD, Grüne und Linke nach der Wahl umsetzen wollten, nun aber mangels Wählerstimmen verschieben mussten. Aufgehoben ist das folgenschwere Programm nicht.



Bis zu 75.000 Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben der PKV müssen damit rechnen, dass ihre Arbeitsplätze im Fall der Einführung einer Bürgerversicherung überflüssig werden. Hinzu kämen Verluste in Beihilfestellen, in Arztpraxen und Heilberufen. Das schätzt Sabine Beeker, eine der Wegbereiterinnen der **Initiative „Bürgerversicherung – Nein Danke!“**. Sie ist Betriebsrätin in der Halleschen Versicherung und eine der Trägerinnen des Protestes gegen eine uniforme gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für alle, die die privaten Versicherungen aufs Abstellgleis schieben soll. Dagegen zeigten sie und zahlreiche andere PKV-Kollegen nun Mitte September 2017 in Berlin Flagge und luden Gesundheits-Politiker vor den Parteizentralen von SPD, Grünen und Linken zur Diskussion ein (siehe Fotos auf diesen Seiten).



Die Betriebsräte registrierten in Berlin einen sehr unterschiedlichen Kenntnisstand auch der Fachleute der Parteien, was die von ihnen angestrebte Bürgerversicherung de facto bewirkt. Die Gesundheitspolitiker wiederholten die Position, dass eine einheitliche Versicherung für alle endlich mehr Geld verteilen kann, da dann auch Beamte, Selbständige und „Besserverdienende“ nicht mehr in die „elitäre“ PKV, sondern in die allgemeine Gesundheitsversorgung einzahlen. Obendrein könnten die Krankenversicherungsbeiträge für alle sinken. Außerdem könnten die bisherigen privaten Krankenversicherungen ja nach der Umstellung auch die Bürgerversicherung verkaufen und Zusatzprodukte, um damit den Job-Abbau zu verringern und zeitlich zu strecken.

Die Frauen und Männer aus der PKV verdeutlichten, dass die privaten Versicherer nur schwerlich die Bürgerversicherung verkaufen können – weil sie gesetzlich reglementiert ist und kaum attraktiv für die bisherigen PKV-Kunden, die Tarifleistungen bewusst freier wählen möchten. Zusatzversicherungen sind auch nur ein Bei-Geschäft, das ohne Basis auf Dauer nicht funktionieren kann. Außerdem können PKV-Beschäftigte ohne bleibende Stelle auch nicht in die gesetzliche Versicherung wechseln, weil dort ebenfalls Arbeitsplätze abgebaut werden und weil sich das Berufsbild von Versicherungskauffrauen/-männern in der privaten Krankenversicherung fundamental von Sozialversicherungs-Angestellten in gesetzlichen Krankenversicherungen unterscheidet und also im Grunde eine neue Ausbildung erfordert. Folglich haben die PKV-Angestellte schlechte Job-Perspektiven nach einem Systemwechsel.



Ob der gesetzliche Topf für alle dann überhaupt die erhofften Vorteile bringt, ist völlig unklar. Anlaufverluste und bleibende höhere Verwaltungskosten in dem dann noch größeren GKV-Apparat könnten die Mehreinnahmen aufzehren – und mehr als diese. Gesetzliche gesteuerte Monopole haben höchst selten gut gewirtschaftet. Auch die in Berlin auftretenden Politiker der drei Parteien konnten keine verlässlichen Rechenmodelle und Szenarien präsentieren, die einer unabhängigen Prüfung standhalten – obwohl sie sich bereits seit einigen Jahren mit der Bürgerversicherung beschäftigen. Ganz zu schweigen vom Verlust der Vielfalt für die Versicherten und der Einbuße an Wettbewerb des bisherigen PKV-Systems, das auf medizinischen Fortschritt reagiert und zumindest Teile von Kostenersparnissen an die Versicherten zurückgibt, wie die Vertreter der Initiative „Bürgerversicherung – Nein Danke!“ in Berlin betonten.



Auch wirtschaftlich wäre ein eindimensionales GKV-System ein nicht ausgleichender Schaden. Denn in der stark wachsenden deutschen Gesundheitswirtschaft mit einem jährlichen Umsatz von weit über 300 Milliarden Euro tragen die privaten Krankenversicherungen jeden zehnten Euro bei. Wenn die PKV kein Neugeschäft mehr machen dürften, sondern nur noch ihre schrumpfenden „Altbestände“ verwalten, dann fallen etwa 12 Milliarden Euro an jährlichem Umsatz weg, sagte Dirk Domm, Betriebsrat in der Debeka-Versicherung in Berlin. Entsprechend weniger

Aufträge können vergeben werden – was recht sicher zu den schon erwähnten Job-Verlusten in medizinischen Berufen oder auch Pflegeberatungen führen würde, in Höhe mehrerer zehntausend verloren gehender Jobs zusätzlich.

Der DBV unterstützt die Initiative der Betriebsräte der privaten Krankenversicherungen bereits seit Langem – und wird das auch weiterhin tun. Das bestehende GKV-PKV-System hat seine Schwachstellen und muss einfacher, gerechter und durchschaubarer werden. Die „Bürgerversicherung“ kuriert diese Probleme nicht, sondern schafft neue, schwerwiegendere Krankheiten. Vor allem vernichtet sie viele tausend Arbeitsplätze ohne nachgewiesenen Ersatz. Deshalb werden wir weiterhin dagegen kämpfen – fachlich und mit öffentlichem Protest!